

ALTERNATIVE LINKE Fraktion Hanau

Alternative Linke Fraktion, Am Markt 14-18, 63450 Hanau

Frau
Stadtverordnetenvorsteherin
Beate Funck

Jochen Dohn
Fraktionsvorsitzender

Am Markt 14-18
63450 Hanau
Telefon 06181 / 295 - 1683
Telefax 06181 / 295 - 1688
Mobil 0179 / 987 13 27
fraktion@alf-hanau.de
www.alf-hanau.de

Hanau, 30. Juni 2015

Antrag: Verzicht auf den „Unkrautvernichter“ Glyphosat

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin Funck,

die Alternative Linke Fraktion Hanau bittet Sie, den nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung zu setzen.

Die Stadtverordnetenversammlung Hanau möge beschließen:

- 1. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, auf den „Unkrautvernichter“ Glyphosat im Stadtgebiet zu verzichten.**
- 2. Der Magistrat berichtet über die Umsetzung und Alternativen zur „Unkrautvernichtung“ im Struktur- und Umweltausschuss.**
- 3. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Bundeslandwirtschaftsminister, Christian Schmidt, und Bundesverbraucherschutzminister, Heiko Maas, auf, sich für ein Verbot von Glyphosat einzusetzen.**

Begründung:

Ziel ist es, einen Maßnahmenplan zu finden, der es ermöglicht, bei der Pflege der Grünflächen und Wege in der Stadt auf den Einsatz jeglicher Pestizide und Gifte generell zu verzichten, um sowohl von Menschen, der Umwelt, Flora und Fauna jegliche Gefahren fernzuhalten. Stattdessen soll eruiert werden, welche alternativen Mittel und Möglichkeiten zum Fernhalten von Wildkräutern bzw. so genannte Beikräutern zu finden und einzusetzen sind.

Die Krebsforschungsagentur IARC der Weltgesundheitsorganisation WHO stuft den Wirkstoff als „wahrscheinlich krebserregend“ ein. Am Freitag, 26.6.15, ging eine Skandalmeldung durch die Medien, dass Glyphosat, eines der giftigsten und weltweit

am häufigsten eingesetzten Mittel zur Unkrautvernichtung, in Muttermilch nachgewiesen worden ist.

Die Gesundheit von Mensch, Tier und Pflanze muss in Hanau wichtig sein. Trotz gewissenhafter Schulung der mit der Gift-Arbeit befassten MitarbeiterInnen der Stadt und trotz des sicherlich gewissenhaften Umgangs und Einsatzes von Roundup-Glyphosat sind die Gefahren größer, als der Nutzen.

Viele Städte und Gemeinden verzichten mittlerweile auf den Einsatz auf Glyphosat. Zudem haben Baumarktketten angekündigt dieses „Unkrautvernichtungsmittel“ aus ihrem Sortiment zu nehmen. Zurzeit wird Glyphosat in bäuerlichen Betrieben, Gärtnereien, beim Wein- und Obstanbau, auf Wiesen und Weiden, im Wald, sogar in Haus- und Kleingärten eingesetzt.

Dieses Jahr entscheidet die EU-Kommission, ob die Zulassung des Wirkstoffs Glyphosat in der Europäischen Union für weitere zehn Jahre verlängert wird. Deutschland ist in dem EU-Verfahren Berichterstatter. Die Bundesregierung hat deshalb großen Einfluss darauf, ob Glyphosat in Europa verboten wird.

Mit freundlichen Grüßen
für die Fraktion



Jochen Dohn